

Staatsministerin Cornelia Pieper

- (A) Zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten werden wir eine Resolution einbringen, die Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser zusätzlich ächtet und die Demobilisierung von Kindersoldaten, wie es sie im Sudan immer noch gibt, vorantreiben soll.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie der Abg. Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bitte Sie daher alle um Ihre Zustimmung zur weiteren deutschen militärischen Beteiligung an UNAMID und damit einem wichtigen Teil unseres Engagements für den Sudan sowie den Schutz von Flüchtlingen und Zivilisten, Kindern und Frauen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat die Kollegin Karin Evers-Meyer von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Karin Evers-Meyer (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es wie ein Ritual erscheint, das man reflexartig ableistet, möchte auch ich im Namen meiner Fraktion den Soldatinnen und Soldaten, die bei UNAMID in Darfur eingesetzt sind, für ihre Arbeit danken.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde, gerade bei einem Einsatz wie dem in Darfur, der nicht das größte Interesse bei den Medien weckt, ist es richtig, jede Gelegenheit zu nutzen, um daran zu erinnern, dass auch dort deutsche Soldaten im Einsatz sind und ihren Dienst tun, in einem Land, in das wohl keiner von uns derzeit gerne fahren möchte und das viele, die dort leben, am liebsten verlassen würden. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages haben ihren Einsatz im Blick. Wir stehen abseits der Schlagzeilen aus Afghanistan auch an ihrer Seite und an der Seite ihrer Familien.

In den vergangenen zwölf Jahren waren es in der Spitze acht deutsche Soldatinnen und Soldaten, die ihren Dienst in Darfur getan haben. Das ist angesichts einer Zielgröße von insgesamt 26 000 Mann bei UNAMID ein sehr kleiner Anteil an der immerhin größten Friedensmission der Vereinten Nationen überhaupt. Dieser geringe Umfang der deutschen Beteiligung wurde kritisiert. Kritisiert wurde insbesondere die noch einmal verringerte Obergrenze von 50 Soldatinnen und Soldaten. Es hat sich aber in den letzten zwölf Monaten gezeigt, dass diese maximale Stärke von 50 Soldatinnen und Soldaten wirklich ausreicht. Der Bundeswehr ist nicht geholfen, wenn sie mit zu viel Personal für ihre Einsätze planen muss. Gerade in den unsicheren Zeiten der Bundeswehrreform ist eine realistische und vernünftige Einschätzung der Mandatsstärke wichtig – für die Bundeswehr selbst und für den Erfolg der Missionen, die sie unterstützen soll.

- (C) Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Forderung nach größerer materieller Unterstützung, vor allem nach dem Einsatz von Hubschraubern. Ich wünschte mir ja auch, dass die Bundeswehr mehr davon hätte, aber die Realität sieht leider anders aus,

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ein Wille, da ein Weg!)

und die Hubschrauber, die wir haben, benötigen wir für andere Einsätze, allen voran für den Einsatz in Afghanistan, wo wir derzeit zu wenige eigene Hubschrauber haben und daher auf die Unterstützung unserer Bündnispartner angewiesen sind.

Ich kann hier deshalb nur davor warnen, den Eindruck entstehen zu lassen, dass die Bundesregierung keine Hubschrauber für UNAMID bereitstellen möchte. Die Bundeswehr hat sie schlicht und ergreifend nicht. Das kann man zwar zu Recht bedauern, aber man kann der Regierung in diesem Fall zumindest keinen mangelnden Willen vorwerfen. So ehrlich sollten wir bleiben.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

In Darfur, wo während des Bürgerkriegs von 2003 bis 2006 furchtbare Verbrechen und Vertreibungen stattgefunden haben, ist UNAMID der wesentliche Anker für Stabilität. Ohne das Engagement der internationalen Gemeinschaft wird es dort auf absehbare Zeit keinen stabilen Frieden geben, und ohne einen stabilen Frieden wird es auch keine Chancen auf eine menschenwürdige Entwicklung geben.

- (D) Die Ausgangssituation in Darfur ist denkbar ungünstig. Der Krieg hat dort mindestens 300 000 Todesopfer gefordert. Weit über 2 Millionen Menschen wurden dazu noch vertrieben. Auch heute, vier Jahre nach dem Waffenstillstand, leben noch immer mehrere Hunderttausend Menschen in Flüchtlingslagern. Diese Situation kann uns nicht egal sein, und deswegen ist die Beteiligung deutscher Soldatinnen und Soldaten richtig – übrigens nicht zuletzt auch deshalb, um die Arbeit der humanitären Helfer vor Ort zu sichern; denn auch der Schutz der humanitären Helfer ist eine der Kernaufgaben von UNAMID.

Der Frieden in Darfur bleibt brüchig. Trotz vieler Anstrengungen in den vergangenen Monaten und trotz der Verhandlungen in Doha zu Jahresanfang gibt es bis heute kein Friedensabkommen, das von allen Parteien anerkannt wird. Deswegen bleibt das bei aller berechtigten Kritik an den Vereinten Nationen in Darfur und der Kritik am UNAMID-Einsatz unser einziges richtiges Mittel zur Lösung des Konfliktes, das wir in der Hand haben.

UNAMID bindet mit der Afrikanische Union endlich auch die regionalen Akteure ein. Das ist wichtig. Nur mit dieser gemeinsamen Anstrengung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union gibt es in Darfur die Chance auf einen stabilen Frieden und damit auch die Chance auf eine solide politische und wirtschaftliche Entwicklung, und das ist doch unser gemeinsames Ziel.

UNAMID ist auch noch aus einem anderen Grund wichtig. Darfur ist nicht der einzige Krisenherd im Sudan. Anfang des Jahres hat der Süden für seine Unabhängigkeit gestimmt, und am 9. Juli 2011, also in einer

**Karin Evers-Meyer**

- (A) guten Woche, wird sich der Süden zum unabhängigen Staat ausrufen.

Wir haben diese Entwicklung unterstützt, aber in den vergangenen Wochen hat sich gezeigt, dass mit der Unabhängigkeit des Südens erst einmal wohl keine Ruhe im Sudan einkehren wird. Deswegen ist es auch richtig, dass wir in der nächsten Woche über das zweite Sudan-Mandat der Bundeswehr abstimmen. Es ist dringend nötig, dass wir jetzt ein eindeutiges Zeichen setzen und unsere Bereitschaft demonstrieren, dass wir auch im Süden die Arbeit der Vereinten Nationen weiter unterstützen.

Gerade weil sich die Aufmerksamkeit in den kommenden Wochen auf den Süden richten wird, ist die Beteiligung an UNAMID so wichtig. Alles, was den Nordsudan in den schwierigen Wochen und Monaten, die vor uns liegen, in Unruhe bringen könnte, muss verhindert werden. Hier kommt UNAMID wieder ganz eindeutig ins Spiel.

Wir haben die beiden Sudan-Missionen der Bundeswehr hier immer gemeinsam betrachtet und auch gemeinsam darüber abgestimmt. Das hat seinen guten Grund. In diesem Jahr ist das leider etwas anders. Über UNMIS, die andere Mission, werden wir erst in der kommenden Woche debattieren können. Das sollte uns aber nicht daran hindern, auf den Zusammenhang der beiden Missionen hinzuweisen. Es geht um die Stabilität des ganzen Sudan, des Nordens und des Südens, und es geht darum, den Regionen, die von langen Bürgerkriegen gezeichnet sind, eine friedliche Entwicklung zu ermöglichen.

- (B) Mit dieser Zustimmung verbinden wir aber auch eine Aufforderung an die Bundesregierung. Afrika hat mehr Engagement verdient. Mit dem neuen Afrika-Konzept der Bundesregierung ist in Deutschland ein Zeichen gesetzt worden, und Schlagzeilen sind produziert worden. Jetzt kommt es aber darauf an, dass Sie das, was Sie hier ausgebreitet haben, vor Ort auch umsetzen. Einsätze wie der von UNAMID müssen auch politisch flankiert werden, sonst sind sie auf Dauer sinnlos. Deswegen fordern wir Sie auf: Tun Sie etwas! Meine Fraktion steht hinter dem UNAMID-Einsatz der Bundeswehr. Sudan und insbesondere Darfur braucht weiterhin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Deutschland kann und sollte sich daran beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Philipp Mißfelder hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Philipp Mißfelder (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Am 25. März 2010 haben wir uns im Rahmen eines interfraktionellen Antrags mit großer Ge-

schlossenheit dem Gesamtkomplex Sudan gewidmet. Die Regierungsfraktionen, CDU/CSU und FDP, sowie die SPD und die Grünen waren sich einig: Wir wollen den Menschen im Sudan helfen. Gleichzeitig haben wir immer gefordert – das ist in der Debatte deutlich geworden –, die komplexe Situation insgesamt zu betrachten. (C)

Im Sudan gibt es einerseits den Darfur-Konflikt. Es gibt den Abyei-Konflikt. Am 27. Juni 2011 hat der Sicherheitsrat für sechs Monate einen Peacekeeping-Einsatz beschlossen, um die Situation insgesamt zu stabilisieren. Es gibt den Südkordofan-Konflikt. Dort ist die Situation Anfang Juni eskaliert und zurzeit immer noch instabil. Das zeigt uns allen, dass die Arbeit der Bundeswehr im Rahmen von UNAMID und auch bei UNMIS – die beiden Mandate sind von Frau Evers-Meyer schon genannt worden – wichtig ist. Deshalb freue ich mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen auch um diese Uhrzeit dieser Debatte aufmerksam folgen.

Der Sudan ist mit einer der größten Herausforderungen für den Frieden auf dem afrikanischen Kontinent. Leider – das muss man sagen – hat er viel zu lange ohne internationale Beteiligung stattgefunden. Im Rückblick ist das, was dort passiert ist, für die Weltgemeinschaft eher bestürzend, als dass man beruhigt von einem funktionierenden Eingreifen sprechen könnte. Insofern ist es richtig, dass wir heute unserer Verantwortung gerecht werden, weiterhin stabilisierend in der Region zu wirken.

Nach der Unabhängigkeitserklärung stellen sich drei große Problemfelder: Erstens. Das Comprehensive Peace Agreement ist noch nicht voll umgesetzt. Nord- und Südsudan müssen sich über die Grenzziehung einigen. Sie müssen das Abyei-Problem friedlich lösen. Kämpfer des SPLA, die noch im Nordsudan sind, müssen sich zurückziehen. (D)

Zweitens. Wie gehen der Norden und der Süden mit den Folgen der Unabhängigkeit selbst um? Es gibt viele offene Fragen zu Rohstoffen und zum Grenzregime. Hier darf sich kein neues Pulverfass auftun.

Drittens. Der Südsudan muss erst staatliche Strukturen schaffen. Es gibt überhaupt kein funktionierendes Staatsgebilde. Offen ist, wie sich Bildung, Infrastruktur und Sicherheit auf Dauer ohne internationale Maßnahmen garantieren lassen.

Das Gesamtbild im Sudan bleibt also eine große Herausforderung. Gott sei Dank – ich habe es gerade schon angesprochen – ist nach Jahren der Ignoranz die Weltgemeinschaft aufmerksam geworden. So hat sich zum Beispiel Präsident Obama dieser Frage im Januar dieses Jahres in einem bemerkenswerten Artikel im *Tagesspiegel* gewidmet. Ich bin froh, dass wir uns auch im Deutschen Bundestag ausführlich mit diesem Problem beschäftigen. Das ist auch dem persönlichen Engagement einiger Abgeordneter zu verdanken. Ich möchte für meine Fraktion Hartwig Fischer nennen, der bei uns nicht müde wird, auf dieses Thema hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)